

Meinungsfreiheit und Opposition in Kasachstan

Gumpfenberg, Marie-Carin von

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gumpfenberg, M.-C. v. (1998). *Meinungsfreiheit und Opposition in Kasachstan*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 35/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47619>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Meinungsfreiheit und Opposition in Kasachstan

Zusammenfassung

Kasachstan bereitet sich auf eine Reihe von Wahlen vor. Im März 1999 werden die Regionalparlamente und im Dezember 1999 das Ober- und Unterhaus des Republikparlaments neu gewählt. Ende 2000 finden Präsidentschaftswahlen statt. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Kasachstans (16. Dezember 1991) hat sich Präsident Nazarbaev einer Wahl durch das Volk zu stellen. Er tritt diesen Wahlgang nicht konkurrenzlos an. Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft haben ihre Kandidatur für das Präsidentenamt angekündigt. Dazu gehören Murat Auezov, der ehemalige Botschafter Kasachstans in China, und der Ex-Premierminister und Unternehmer Akežan Kažegel'din. Im Mai 1998 hat die Generalstaatsanwaltschaft die Spielregeln für die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahlen formuliert: Die Meinungsfreiheit dürfe nicht zu Propagandazwecken mißbraucht werden. Der innerstaatliche und interethnische Frieden solle gewahrt werden. Derartige Vorbehalte laufen auf eine Einengung der politischen Betätigungsmöglichkeiten der mit Nazarbaev konkurrierenden Kräfte hinaus. Die Wiederwahl Nazarbaevs gilt ohnehin als wahrscheinlich.

Der Umgang mit der Meinungsfreiheit

In der Verfassung Kasachstans von 1995 wird Meinungsfreiheit garantiert und Zensur verboten. Allerdings wird jede "Propaganda oder Agitation für gewaltsame Änderung der Verfassungsordnung, für die Verletzung der Integrität der Republik, die Untergrabung der Staatssicherheit, für Krieg, für soziale, rassenbezogene, nationale, religiöse, ständische oder tribale Exklusivität sowie für einen Kult der Grausamkeit und Gewalt" durch Artikel 20, Absatz 3 verboten.

Mit Bezug auf diesen Artikel hat die Generalstaatsanwaltschaft im Mai 1998 die Anstrengung von Strafverfahren wegen Mißbrauchs der Meinungsfreiheit angekündigt.¹ In dem von der Regierungszeitung "Kazachstanskaja Pravda" veröffentlichten Artikel heißt es: Einige Printmedien würden zu interethnischer Feindschaft aufrufen und nationale Exklusivität propagieren. Außerdem würde die Ehre und Würde der Bürger der Republik sowie einige hoher Regierungsbeamter durch die Verbreitung falscher Tatsachen verletzt. Besondere Sorge bereite der Generalstaatsanwaltschaft die Veröffentlichung von Artikeln, welche die Staatlichkeit und Souveränität des Landes in Frage stellten. Gerüchte

¹

Kazachstanskaja pravda, 5.5.1998.

über eine bevorstehende Spaltung des Landes gefährdeten den nationalen Integrationsprozeß und belasteten die zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere zu Rußland.

Mitte Juni 1998 wurden strafrechtliche Verfahren gegen mehrere Zeitungen eingeleitet. Darunter befand sich die populäre Boulevardzeitung "Karavan". Sie hatte im März einen Artikel des Oppositionellen Petr Svoik abgedruckt, in dem ein Tabuthema – die diffizilen Beziehungen zwischen Kasachstan und Rußland – diskutiert wurde.² Auch die in russischer Sprache erscheinende "Kazachskaja Pravda" war betroffen. Ihr wurde die Veröffentlichung von Artikeln vorgeworfen, die den Präsidenten beleidigen und zur Ablösung der Regierung aufrufen. Im letzten Herbst hatte Murat Auezov, der ehemalige Botschafter Kasachstans in China, in dieser Zeitung seine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen angekündigt.³ Den Herausgebern drohten laut Zusage der Generalstaatsanwaltschaft jedoch keine Haft- oder Geldstrafen. Sie hätten lediglich mit einer Verwarnung zu rechnen. Es gelte, ein Exempel zu statuieren.

Die Reaktionen auf die Verlautbarung der Staatsanwaltschaft sind unterschiedlich. Der Vorsitzende der regierungstreuen "Liberalen Bewegung", Asylbak Beisenbaev, begrüßt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft.⁴ In der Tat bestünde derzeit die Gefahr interethnischer Konflikte und sozialer Unruhen. Die Bevölkerung sei noch nicht reif für absolute Meinungsfreiheit. Sie könne daher schnell zum Spielball nationalistischer, extremistischer und staatsgefährdender Medien werden. Die Wochenzeitung "Panorama" hingegen spricht von einem "kalten Krieg des Staatsanwalts gegen die Presse".⁵ Ebenso wie der Politologe Nurlan Amrekulov sieht sie die Meinungsfreiheit gefährdet und warnt vor Verhältnissen wie in Turkmenistan. Die zweisprachige Zeitung "All over the Globe" vermutet, daß die Machthabenden Probleme mit der Kontrolle des Informationssektors hätten. Lediglich ein Viertel der Bevölkerung ließe sich derzeit von den staatlichen Massenmedien beeinflussen. Über 60% würden ausschließlich rußländischen Medien vertrauen. Um den staatlichen Einfluß zurückzugewinnen, bediene man sich daher alter kommunistischer Methoden. Die Geschichte habe aber gezeigt, daß Verbote keine Probleme lösen.⁶

Eine Umfrage vom April 1998 – also noch vor der Verlautbarung der Staatsanwaltschaft – zum Thema Rede- und Meinungsfreiheit in Kasachstan zeigt die Gespaltenheit der Bevölkerung. So vertraten über 77% der befragten Studenten in Almaty, aber nur 33% der über 45jährigen die Ansicht, daß der Meinungsfreiheit in der Transitionsphase Bedeutung zukomme. Die Frage, ob in Kasachstan derzeit Meinungsfreiheit herrsche, verneinten über 49% der Studenten und über 74% der älteren Leute. Größtes Tabuthema, so meinten viele, sei der Präsident. Seine Person sowie seine politischen Entscheidungen stünden jenseits aller Kritik. Die meisten Befragten – 80% der älteren Generation und 53% der Studenten – gaben an, Selbstzensur zu üben. Viele bekundeten, wie in sowjetischer Zeit Angst davor zu haben, ihre Meinung frei zu äußern. Diskrepanzen zeigten sich in der Umfrage zwischen der Land- und der Stadtbevölkerung sowie zwischen den Generationen. Die Stadtbewohner beurteilten das herrschende politische System kritischer. Demokratischen Prinzipien wie der Meinungsfreiheit standen sie aufgeschlossener gegenüber. Die jüngere Generation zeigte sich im Umgang mit Autoritäten unbefangener und war weniger bereit, Einschränkungen in ihrer Meinungsfreiheit zu akzeptieren.⁷

Formierung einer außerparlamentarischen Opposition

Oppositionelle Kräfte sind in dem 1995 gewählten Zwei-Kammern-Parlament kaum vertreten. Im Unterhaus sitzen vier regierungskritische Abgeordnete und im Senat lediglich ein einziger Oppositioneller. Jeweils zwei Drittel der Abgeordneten bezeichnen sich als unabhängig. Sie verhalten sich jedoch zur Regierung loyal. Seit März 1996 kämpft die außerparlamentarische Oppositionsgruppierung

² Karavan, 20.3.1998.

³ Kazachskaja pravda, Nr. 2 (28) 1998.

⁴ Journalists Comment Attorney General's Statement, in: All over the Globe Nr. 35 (254), 13.5.1998.

⁵ Panorama, Nr. 24, 19.6.1998

⁶ Journalists Comment Attorney General's Statement, a.a.O.

⁷ All over the Globe, Nr. 30 (249), 22.4.1998.

"Azamat" (Bürger) ums Überleben. Ihre populären Vorsitzenden sind der Unternehmer Galym Abil'sijtov, der ehemalige Antimonopolminister Petr Svojk und Murat Auezov. Auf seinem Gründungskongress im April 1996 hatte "Azamat" angekündigt, mit der Regierung zu kooperieren, um die Einsetzung einer Exekutive "aus ehrlichen und kompetenten Menschen, die das Vertrauen des Volks genießen" zu erreichen. Von Regierungsseite wurde die Bewegung bisher offiziell nicht anerkannt.

Seit November 1997 befindet sich die außerparlamentarische Opposition auf Konfrontationskurs mit der Regierung. Nach einer nicht genehmigten Protestkundgebung vor dem Parlament in Almaty mit etwa 600 Beteiligten gingen die Behörden gegen sie vor. Galym Abil'sijtov wurde nach seiner Rückkehr aus Moskau am Flughafen verhaftet und zu 15 Tagen Haft wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration verurteilt. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er jedoch schon nach einer Woche wieder entlassen. Murat Auezov, der Sohn eines bekannten kasachischen Nationaldichters, dem 1997 als Gedenkjahr gewidmet wurde, wurde lediglich zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt. Petr Svojk wurde in seinem Hotelzimmer in Biškek von Unbekannten tödlich angegriffen. Der Präsident äußerte über diesen Vorfall Bedauern.⁸ Die Verfolgung der Täter wurde eingestellt.

Im November 1997 haben sich unter der Führung von "Azamat" mehrere oppositionelle Parteien zu einer "Volksfront" zusammengeschlossen, die sich in ihrem Programm als wahre Alternative zu dem derzeitigen "antidemokratischen, unsozialen, unrechtmäßigen, klientelistischen politischen Regime der persönlichen Macht" ausgeben.⁹ Diesem Block gehören unterschiedlichste politische Gruppierungen an: die kasachisch-nationalistische Partei "Azad" (Freiheit), die Kommunistische und die Sozialistische Partei (deren Vorsitzender Svojk ist), die Arbeiterbewegung und die slawisch-nationalistische Partei "Lad" (Harmonie). Sie fordern Rechtsstaatlichkeit, die Gewährleistung von Menschenrechten, die Abhaltung freier und allgemeiner Wahlen und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Mit einer "Regierung des Volksvertrauens", die auf "Ordnung, Patriotismus und Professionalismus" beruhen soll, wollen sie das Land aus der Krise führen.

Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000

Wenngleich der ehemalige Premierminister *Akežan Kažegel'din* bisher noch nicht ausdrücklich seine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen angekündigt hat, werten doch Journalisten wie Politologen die Publikation seiner politischen Vorstellungen im April 1998 als offizielle Kampfansage an Nazarbaev.¹⁰ Rund ein halbes Jahr nach seiner Entlassung aus der Regierungsverantwortung übt der Präsident des Industriellen- und Unternehmervereins Selbstkritik, aber auch harte Kritik an dem bestehenden politischen System Kasachstans. Er sieht das Land am Scheideweg zwischen Chaos und Diktatur auf der einen und einem zivilisierten Rechtsstaat auf der anderen Seite. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich werde immer größer. Demokratische Prinzipien seien nur formal etabliert. Die Regierung wäre nur an der persönlichen Bereicherung und nicht am Wohlergehen des Volks interessiert. Um ein Abrutschen des Landes in eine Diktatur zu verhindern, fordert der Unternehmer und Ökonom Kažegel'din die Übertragung der Prinzipien der freien Marktwirtschaft auf die Politik. Marktwirtschaft sei das Feld, auf dem die Unternehmen gegeneinander um das Geld der Käufer kämpften. Analog dazu seien Wahlen das Kampffeld der Demokratie, auf dem die Politiker um die Gunst der Wähler zu ringen hätten. Der Ex-Premier fordert also die Durchführung wirklich freier Wahlen mit uneingeschränkter politischer Konkurrenz, die Etablierung eines realen Mehrparteiensystems, die Unabhängigkeit der Massenmedien und die Durchsetzung freien Wettbewerbs in der Wirtschaft.

Der Intellektuelle *Murat Auezov* hat bereits im November 1997 seine Kandidatur an den Präsidentschaftswahlen angekündigt.¹¹ Viele seiner politischen Ziele decken sich mit dem Programm der "Volksfront", der er als Mitglied der Oppositionsbewegung "Azamat" angehört. Auch er macht die

⁸ President Calls Opposition Leaders Big Oddballs, in: Focus Central Asia, 1/1998.

⁹ Politisches Programm des Blocks "Volksfront" vom 26.2.1998 (unveröffentlichtes Manuskript)

¹⁰ A. Kažegel'din in Karavan, 24.4.1998.

¹¹ Siehe Anm. 3.

Regierung für die derzeitige sozioökonomische Krise des Landes verantwortlich. Kasachstan sei von Platz 33 des Human Development Index auf Platz 93 gesunken. Die Produktion sei seit der Unabhängigkeit um mehr als 60% zurückgegangen. Das Land habe rund ein Viertel seiner Bevölkerung aufgrund von Migration, hohen Sterblichkeits- und niedrigen Geburtenraten verloren. Große Bevölkerungsteile lebten am Rand des Existenzminimums. Der ehemalige Botschafter kritisiert den von der Regierung unterstützten Ausverkauf des Landes. Kasachstan sei zu einer "Bananenrepublik" verkommen, zu einer geistigen und wirtschaftlichen "Halbkolonie des Auslands". Auezov warnt vor einem Verlust der Staatlichkeit und einer Destabilisierung Zentralasiens. Seine politischen Zielvorstellungen sind weitgehend mit denen Kažegel'dins identisch, wenngleich er weniger ein liberales als ein sozial orientiertes Modell der Marktwirtschaft befürwortet.

Daß Nursultan Nazarbaev im Jahr 2000 für eine weitere Amtsperiode als Präsident kandidieren wird, daran besteht kein Zweifel. Jedoch gibt es Zweifel, ob und inwiefern der amtierende Präsident freie Wahlen zulassen wird. Bereits 1995 hatte Nazarbaev mit Hinweis auf die instabile gesellschaftliche Situation auf Wahlen verzichtet und seine Amtszeit per Referendum verlängern lassen. Daß er sich auf eine längere Amtszeit vorbereitet, zeigt sein im Oktober 1997 veröffentlichtes Regierungsprogramm mit dem Titel "Kasachstan – 2030. Aufschwung, Sicherheit und ewiges Wohlergehen für alle Kasachstaner".¹² Dort formulierte er seine Vision von einem unabhängigen, wirtschaftlich prosperierenden und politisch stabilen Kasachstan, in dem interethnischer Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Wohlstand herrschen. Kasachstan soll sich in dreißig Jahren, nach dem Vorbild der asiatischen Tigerstaaten, zu einem zentralasiatischen Modellstaat, dem "Schneeleoparden-Staat",¹³ entwickeln, in dem hohe Wachstumsraten durch politische Stabilität sowie energische, zielgerichtete Reformen erzielt werden. Um diese Zukunftsvision zu realisieren, müßten folgende langfristige Prioritäten verfolgt werden: Bewahrung innerstaatlicher Stabilität durch die soziale Abfederung transformationsbedingter Härten; Etablierung eines eigenen Modells der sozialen Marktwirtschaft mit begrenzten Einmischungsmöglichkeiten des Staates; Aufbau eines professionellen Regierungsapparats und eines effektiv arbeitenden Beamtensystems; Bekämpfung der Korruption.

Kasachstan vor den Wahlen

Die hier vorgestellten politischen Programme gleichen zumeist reinen Absichtserklärungen. Kernpunkt aller Kritik ist das bestehende Regierungssystem, das alle Kandidaten zu verändern oder zu verbessern versprechen. Konkrete Konzepte mit konstruktiven Vorschlägen zur Lösung der derzeitigen Krise des Landes fehlen jedoch. Ausschlaggebend für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen werden weniger überzeugende wirtschaftspolitische Programme als vielmehr persönliches Charisma und der Einfluß der Kandidaten auf gesellschaftlich relevante Gruppen und die Massenmedien sein.¹⁴

Ex-Permierminister Kažegel'din ist ein erfahrener Politiker mit Perspektiven und Ambitionen. Er zeichnet sich durch Professionalität und Entschlossenheit aus. Bei ausländischen Investoren genießt er Einfluß und Vertrauen. In der Bevölkerung stoßen jedoch seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf Skepsis. Während seiner Amtszeit wurde ihm vorgeworfen, die nationalen Interessen zu verraten und den Ausverkauf des Landes zu betreiben. Derzeit wird gegen ihn wegen des Transfers von Geldern ins Ausland ermittelt. Er ist nach Nazarbaev der aussichtsreichste Kandidat. Jedoch besitzt er bisher noch keine breite Plattform, die ihn im Wahlkampf unterstützen könnte. Derzeit versucht Kažegel'din, den Industriellen- und Unternehmerverband, dessen Vorsitzender er ist, in eine Partei umzuwandeln. Sein Einfluß auf die Massenmedien ist (noch) begrenzt.¹⁵

¹² Nursultan Nazarbaev, *Kazakhstan – 2030. Prosperity, Security and Ever Growing Welfare of all the Kazakhstanis*, Almaty 1997

¹³ Nazarbaev beschreibt den Schneeleoparden als ein unabhängiges, friedliches, freiheitsliebendes und wendiges Tier, das alle Herausforderungen meistert. Der Schneeleopard verbinde westliche Eleganz mit orientalischer Weisheit und Ausdauer; (a.a.O., S. 193f).

¹⁴ Vgl. Gabdullin, B., *XXI Vek*, 30.1.1998.

¹⁵ Es kursieren Gerüchte über die Beteiligung Kažegel'dins am Kauf einiger populärer Zeitungen (*Panorama*, 10.7.1998).

Murat Auezov verkörpert den kasachischen Intellektuellen mit demokratischen Überzeugungen. Seine Herkunft aus einer angesehenen Dichterfamilie verleiht ihm Ansehen und Respekt in der Bevölkerung.

Auezov besitzt aber weder das nötige Kapital zur Finanzierung einer Wahlkampagne noch den entsprechenden Einfluß auf die Printmedien. Im Februar 1998 wurde er zum Vorsitzenden der "Agentur für Information und gesellschaftliche Einheit" des Gebiets von Almaty ernannt. Während Auezov diese Tätigkeit als Möglichkeit begreift, "dem Staat, nicht aber der korrupten und kriminellen Regierung zu dienen",¹⁶ deutet die Bevölkerung diesen Schritt als politischen Verrat. Es sei unmöglich zur gleichen Zeit drei Posten einzunehmen: als Staatsangestellter, Oppositioneller und Präsidentschaftskandidat. Auezov habe mit diesem Amtsantritt seine Ambitionen auf die Präsidentschaftskandidatur aufgegeben.

Als aussichtsreichster Kandidat gilt der amtierende Präsident Nazarbaev. Als weltbekannter Staatsmann, Organisator, Taktiker und Pragmatiker repräsentiert er eine stabilitätsorientierte Regierungspolitik. Er besitzt politische und wirtschaftliche Macht und versteht, mit seinem Charisma die Bevölkerung für sich einzunehmen. Gegen Kritik aus den Reihen der Opposition weiß sich Nazarbaev zu wehren: durch Einbindung der Regimekritiker in die Regierung, durch Aufnahme der Kritik in seine eigenen Bemerkungen zur Regierungsaktivität und andere Methoden. Er kontrolliert die Massenmedien fast vollständig. Seine Tochter Dagira ist Leiterin des Fernseh- und Rundfunksenders "Chabar".

Glaubt man demoskopischen Untersuchungen, scheinen die Wahlen schon jetzt entschieden. Nazarbaev führt in allen Umfragen. An Platz zwei haben sich seit letztem Winter Veränderungen ergeben. War im Dezember 1997 noch Auezov die zweitpopulärste Persönlichkeit des Landes,¹⁷ rangierte im Mai 1998 Kažegeldin – freilich mit weitem Abstand – hinter Nazarbaev.¹⁸ Ein großer Teil der Bevölkerung ist noch unentschieden. Viele sind enttäuscht, haben das Vertrauen in die Politik verloren. Dem Kampf um die politische Führung im Land schauen die meisten apathisch zu. Den Eingriff der Staatsanwaltschaft in die Pressefreiheit interpretieren die Oppositionellen als Versuch des Regimes, sich seine Macht und den Einfluß auf die Bevölkerung zu sichern. Nicht der kompetenteste, sondern der in den Medien präsenteste Kandidat wird ihrer Befürchtung nach die Wahlen für sich entscheiden.

Marie-Carin v. Gumpenberg

Die Autorin ist Stipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung und hielt sich 1996 und 1998 mehrere Monate zu Forschungszwecken in Kasachstan auf.

Redaktion: Uwe Halbach

¹⁶ So in einem Interview im Mai 1998 mit der Autorin in Almaty.

¹⁷ Panorama, 26.12.1997.

¹⁸ XXI Vek, 22.5.1998.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>